

Die Dorfschell

Zeitung des **SPD**-Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach, Ausgabe Oktober 2018

FRANKELBACHER KERB: EIN GROßER ERFOLG

Traditionell am ersten Wochenende im September fand die Frankelbacher Kerb nach jahrelanger Unterbrechung dieses Jahr wieder statt. Und sie war ein großer Erfolg! Hunderte Menschen besuchten die Kerb am Samstag und am Sonntag. Die Leute „stimmten mit den Füßen“ zugunsten der Kerb ab. Für die Initiatoren Sebastian Barthel, Justin Eser, Jannik Rohde und allen anderen Beteiligten war das ein Moment großer Zufriedenheit und Erleichterung. Die Dorfschell sprach mit Sebastian Barthel über das Resümée nach dem Kerb-Ende.

Dorfschell: Herr Barthel, wie groß ist Ihre Zufriedenheit und Ihre Erleichterung?

Barthel: Wir alle, auch ich, sind äußerst zufrieden. Unsere Hoffnungen wurden mehr als erfüllt. Und unsere Erleichterung war auch gewaltig. Denn wir wussten ja nicht, als wir das Projekt starteten, ob wir erfolgreich sein würden.

Dorfschell: Haben Sie mit einer solche Resonanz gerechnet?

Barthel: Ehrlich gesagt: Wir alle waren vom Besuch überwältigt. Zum Kerwesamstagabend waren mehr als 250 Leute da und am Sonntagnachmittag auch noch einmal über 200. Das war ganz toll.

Dorfschell: Haben Sie einen Überblick, wo die Leute her kamen?

Barthel: Das kann man ganz genau nicht sagen, wir haben ja keine Befragung durchgeführt. Aber nach allem was wir wissen, kamen sehr viele Besucher aus dem gesamten Kreisgebiet Kaiserslautern und dem Landkreis Kusel.

Dorfschell: Waren auch Frankelbacher da?

Barthel: Ja, und wie! Eine ganze Menge und zwar an beiden Tagen! Und das schöne: Junge und Alte kamen.

Dorfschell: Wann war Ihnen klar, dass die Kerb bei den Leuten ankam?

Barthel: Letztlich als sich am Samstagabend kurz nach 18.00 Uhr der Saal gefüllt hatte. Es war so voll, dass wir für eine gewisse Zeit fürchteten, nicht alle Leute mehr aufnehmen zu können. Aber schon vorher hatten wir eine große positive Resonanz bemerkt. Wir hatten über Facebook etwa 150 Meldungen, die sagten. „Wir kommen“! Und auch in den vielen Gesprächen, die wir hatten, zeigte sich: Die Kerb kommt an!

Dorfschell: Hat organisatorisch alles geklappt?

Barthel: Es gab keine unüberwindbaren Schwierigkeiten. An dieser Stelle: Vielen lieben Dank an alle Helfer (es waren ca. 40), an alle Organisatoren, an die Sponsoren (ca. 20), an die beiden DJs, an die „Straußjugend“ und den Party Service, der, nebenbei gesagt, ein gutes Geschäft gemacht hat. Nicht unerwähnt dürfen auch alle die Frauen bleiben, die 18 Kuchen für die Kaffeetafel am Sonntag gebacken und kostenlos zur Verfügung gestellt haben.

Dorfschell: „Gutes Geschäft gemacht“: Da stellt sich die Frage: Wie ist Ihr finanzielles Resümée?

Barthel: Wir haben einen schönen Überschuss erwirtschaftet. Allerdings sind im Moment noch nicht alle Rechnungen da, so dass wir den genauen Betrag noch nicht wissen.

Dorfschell: Was wollen Sie mit dem Überschuss machen?

Barthel: Das ist noch nicht entschieden. Im Vorfeld der Kerb hatten wir angedeutet, dass wir einen Teil des Gewinns der Ortsgemeinde zur Verfügung stellen wollen. Der Rest könnte in eine Rücklage beim Feuerwehrförderverein fließen, der auch Veranstalter der Kerb war. Aber wohl gemerkt: Entschieden ist noch nichts.

Dorfschell: Wenn Sie an eine Rücklage denken: Kann man daraus schließen, dass die Kerb im nächsten Jahr wiederholt werden soll?

Barthel: Ja, daran denken wir in der Tat und wollen die Kerb auch wiederholen.

Dorfschell: Herr Barthel, vielen Dank für dieses Interview, aber auch vielen Dank an Sie und alle Beteiligten, dass Ihr Frankelbach die Kerb wieder zurückgegeben habt!

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Frankelbacher Kerwe war ein großer Erfolg. An beiden Kerwetagen kamen Hunderte von Leuten. Das ist der Beweis, dass die Veranstalter mit der Wiederholung der Kerwe einen Nerv getroffen haben. Die Menschen wollten wieder eine Kerwe in Frankelbach. Es ist aber auch ein Beweis dafür, dass Menschen –egal ob jung oder alt- die menschliche Begegnung, das gemeinsame Feiern nach wie vor lieben und die Welt sich nicht nur digital abspielt.

Den Initiatoren und allen Helfern sei an dieser Stelle herzlichen Dank gesagt. Sie haben mit der Kerwe für ein fröhliches Wochenende in Frankelbach gesorgt und Frankelbach ein Stück seiner Tradition zurückgegeben.

Bundesweit stand in der letzten Zeit ein bekanntes Thema im Mittelpunkt: die Flüchtlingsfrage. Das ist nicht neu, aber die Tage von Chemnitz haben der Migrantfrage eine neue Qualität gegeben. Chemnitz –und im Nachgang auch Köthen- sind ein Zeichen für das Erstarken und der Kraft der rechten und auch der rechtsradikalen Seite unserer Gesellschaft. Nach der Bluttat in Chemnitz –offensichtlich begangen von Flüchtlingen, der genaue Tathergang ist nach wie vor nicht bekannt- haben rechte, rechtsradikale Gruppen und mit ihnen die AfD den Schauplatz für die Demonstration ihres Weltbildes gefunden. Natürlich waren in den Demonstrationen auch wirklich besorgte Bürgerinnen und Bürger dabei. Aber den Radikalen ist es gelungen, diese Veranstaltung für ihre Zwecke zu kapern und für ihre Zwecke zu missbrau-

chen. Dabei ist ihnen das Schicksal des Getöteten herzlich egal, es genügt ihnen die Aussage: „Flüchtling tötet Deutschen“, um Hass gegen alle Fremden auszudrücken und zu säen. **Und Teile der AfD machen sich mit diesen Menschen gemein!**

Die Demokraten in Deutschland müssen aufpassen, dass ihnen nicht die Meinungshoheit entzogen wird und dumpfer Hass, gepaart mit Verfolgung und Gewalt dominieren. Bloße Appelle der Politik, der „anständige“ Bürger müsse dagegen halten, nutzen nur sehr begrenzt. Man muss seitens des Bundes und der Länder endlich die Probleme an der Wurzel packen: konsequentes Abschieben von abgelehnten und insbesondere kriminellen Asylbewerbern, schnell eine Verstärkung von Polizei und Justiz, kein rechtslastiges Geschwätz von Politikern (Seehofer!) und insbesondere Ehrlichkeit gegenüber dem Bürger in und zu dieser Situation. In diesem Zusammenhang ist äußerst fatal, wenn der Verfassungsschutzpräsident öffentlich falsch und tendenziell daher schwatzt und den Rechten noch Munition liefert. Dabei noch –nebenbei oder bewusst- seiner Chefin, der Bundeskanzlerin, widerspricht und sie öffentlich bloßstellt. **Ein solcher Mann muss gehen, das fordert die SPD zu Recht.** Aber: Mit dem Abgang von Maaßen sind die Probleme nicht gelöst. Es ist aber ein Zeichen gesetzt: Wer in verantwortlicher Position rechte Sprüche klopft, muss mit seinem Abgang rechnen.

FRIEDHOFSGEBÜHREN

Die Friedhofsgebührensatzung von Olsbrücken muss neu gestaltet werden. Die Bemühungen hierzu laufen seit einiger Zeit (die „Dorfschell“ berichtete). Mittlerweile hat Frankelbach eine neue Friedhofsgebührensatzung. In Olsbrücken ist man noch nicht soweit. Nunmehr sollen Anfang Oktober in einem Gespräch mit der Aufsichtsbehörde die Einzelheiten geklärt werden. Es wäre schön, wenn man dabei zu einer Einigung kommen und sodann möglichst bald eine neue Satzung verabschieden könnte. Ansonsten

herrscht für den Bürger Rechtsunsicherheit und der Gemeinde entgeht Geld.

IMPRESSUM:

Die Dorfschell – Zeitung des SPD Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach erscheint kostenlos für alle erreichbaren Haushalte in Olsbrücken und Frankelbach.

Auflage dieser Ausgabe: 650

Redaktion: Rolf Künne (V.i.S.d.P)

DIE SPD-ANTWORT AUF DIE SOZIALE FRAGE DES 21. JAHRHUNDERTS - MIETENWENDE JETZT

In Deutschland fehlen laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung bis zu 1,9 Millionen bezahlbare Wohnungen. Allein in deutschen Großstädten müssen eine Million Haushalte mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Deshalb ist das langfristige Ziel der SPD: Niemand soll mehr als ein Drittel seines Einkommens für die Miete ausgeben!

In Großstädten hat sich die Situation mittlerweile so zugespitzt, dass auch Mieterinnen und Mieter mit mittlerem Einkommen bei den jetzigen Mieten in existentielle Probleme geraten. Und während in Städten der bezahlbare Wohnraum knapp ist, stehen in ländlichen Regionen Häuser leer. Das muss sich dringend ändern! Was muss geschehen?

Die SPD hat hierzu 12 konkrete Forderungen:

1. Mietestopp: In Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten (insbesondere Großstädte) dürfen die Mieten für 5 Jahre nur in Höhe der Inflation steigen.
2. Die Mietbindung bei öffentlich geförderten Wohnungen wird an die Höhe der Förderung gekoppelt. Das heißt: Investoren, die sich langfristig binden, werden stärker profitieren.
3. Neuer Sozialpakt zwischen der öffentlichen Hand und Immobilieneigentümern: Wer im Interesse der Mieter baut und nicht für den eigenen Profit, wird vom Staat unterstützt, z.B. durch Steuervorteile und günstiges landeseigenes Bauland.
4. Spekulationen mit Boden und Wohnimmobilien müssen unterbunden werden. Deshalb müssen nicht genutzte Baugrundstücke mit höheren Abgaben belegt werden. In Innenstädten müssen zusätzlich Baurechte an Baupflichten gekoppelt werden.
5. Transparenz des Grundstücks- und Immobilienmarkts durch ein Flächen- und Immobilienkataster.
6. Die Umgehung der Zahlungspflicht für die Grunderwerbssteuer mittels sog. „Share-Deals“ (Bauobjekte, Grundstücke werden an eine Firma überführt und im Anschluss die Anteile -shares- dieser Firma verkauft) muss beseitigt werden.
7. Bei der Umwandlung von Mietwohnungen in

Eigentumswohnungen müssen die Ausnahmen von den Umwandlungsverboten auf ein Minimum reduziert werden.

8. Die Regelungen für die Eigenbedarfskündigungen müssen verschärft werden, damit dem Missbrauch, Eigenbedarf vorzutäuschen und dann teuer neu zu vermieten, ein Riegel vorgehoben wird.

9. Auch bei dem Erwerb von Immobilien wird das Bestellerprinzip bei Maklergebühren eingeführt; d.h.: Nur der, der den Makler beauftragt, bezahlt die Gebühr (Courtage).

10. In den Innenstädten wird das soziale Mietrecht ausgeweitet. Der soziale Mieterschutz bei Wohnraum soll auch für soziale (z.B. Kindergärten) und kulturelle Einrichtungen gelten.

11. Studierende und Auszubildende brauchen besonders bezahlbaren Wohnraum. Es muss daher einen Pakt für studentisches Wohnen geben: Der Neubau von Studierendenwohnheimen soll gefördert werden. Azubis soll der Zugang zu gefördertem Wohnraum ähnlich ermöglicht werden wie Studierenden.

12. Für den ländlichen Raum gilt insbesondere: Neben Ausbau und Sicherung sozialer und digitaler Infrastruktur sind auch städtebauliche Maßnahmen nötig. Bund und Länder müssen stärker in lebendige Ortskerne investieren; zum Beispiel in alternativen Wohnbestand, Mehrgenerationenhäuser, Studierendengemeinschaften, aber auch in Renovierungen.

Und über allem steht: Neubau von sozialem Wohnraum! Also: Bauen, Bauen, Bauen! Die soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist der bezahlbare Wohnraum. Die Antworten, die der Koalitionsvertrag liefert, sind gut, reichen allerdings nicht aus. Die SPD ist bereit, mutige und kräftige Maßnahmen umzusetzen, die der Größe der Herausforderungen gerecht werden.

RENTEN STEIGEN WIE LÖHNE - NEUSTART IN DER RENTE

Die „Dorfschell“ hatte in ihren letzten Ausgaben über die Bemühungen und Pläne zur Sicherung und weiteren Entwicklung der Rente in der Bundesregierung und hier insbesondere in der SPD berichtet. Nunmehr sind die Grundzüge des neuen Rentensystems auf Druck und Betreiben der SPD im Bundeskabinett beschlossen worden. Und das heißt: Der Neustart für eine stabile Rente ist geschafft! Sicherheit für heute und morgen! Darauf können sich Junge und Alte verlassen!

Die neuen im Bundeskabinett beschlossenen Regelungen setzen die „alten“ Forderungen der SPD um (siehe die Liste in der Augustausgabe der „Dorfschell“), als da insbesondere sind:

- Das Rentenniveau bleibt bis 2025 stabil bei 48 Prozent; die Rentenbeiträge steigen nicht über 20 Prozent.

Forderung der SPD: Dies soll über 2025 hinaus bis 2040 gelten. Das hierfür benötigte Geld soll aus Steuermitteln zugeschossen werden.

- Die Erwerbsminderungsrente wird soweit verbessert, dass der am weiteren Erwerbsleben gehinderte beim Renteneintritt so gestellt wird, als ob er mit 65 Jahren und 8 Monaten in Rente ginge. Das gilt allerdings erst für Neuanträge ab dem 1. Januar 2019.
- Mehr Geld für Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Für jedes Kind erhalten Mütter oder Väter einen halben Rentenpunkt zusätzlich. Ursprünglich war vorge-

sehen, einen Rentenpunkt ab dem dritten Kind zu gewähren; die neue Regelung ist gerechter. Das sind jährlich 192€ (West), 180€ (Ost) mehr in der Tasche.

- Frauen und Männer mit kleinem Einkommen werden bei den Sozialbeiträgen entlastet, indem der Korridor 450€ bis 1350€ (früher 850€) beträgt.

Es werden aber weitere Schritte folgen müssen! Dabei denkt die SPD zunächst an:

- Eine Grundrente, die mindestens 10 Prozent über dem örtlichen Sozialniveau liegt, für Menschen, die jahrzehntlang gearbeitet, Kinder erzogen und/oder Angehörige gepflegt haben.
- Selbständige sollen in den Schutz der Rentenversicherung einbezogen werden.

Also auch hier: Die SPD kämpft für eine soziale Verbesserung in Deutschland!

BUSHALT DER LINIE 134 AN DER HOHLSTRAßE

Der Bus der Linie 134, der um 12.30 Uhr vom Hauptbahnhof in Kaiserslautern abfährt in Richtung Olsbrücken, hält zwar an der Haltestelle „Wagner“ im Unterdorf, aber nicht an der Haltestelle Hohlstraße. Das, obwohl er auf seiner Fahrt nach Obersulzbach die Haltestelle Hohlstraße passiert. Auf Nachfrage hat ein Busfahrer erklärt, er dürfe dort nicht halten, weil dies im Fahrplan nicht vorgesehen sei. Bürgerinnen und Bürger haben die Redaktion der

„Dorfschell“ auf diesen Missstand hingewiesen. Genau wie diese fragen wir: Warum? Es wäre doch ein leichtes, auch an der Haltestelle Hohlstraße zu stoppen und somit den Menschen aus dem Oberdorf und der Ortsmitte eine Zusteigemöglichkeit zu gewähren. Dieses Problems sollte sich der Gemeinderat und der Ortsbürgermeister annehmen. Eine zufriedenstellende Lösung müsste doch erreichbar sein.

MITTAGSRUHE

Früher war es üblich, während der Mittagszeit (von 13.00-15.00 Uhr) Lärm zu vermeiden, um die Mittagsruhe nicht zu stören. Gerade ältere Menschen halten zu dieser Zeit gerne ein „Mittagsschläfchen“, was durch Lärm in dieser Zeit zumindest beeinträchtigt wird. Es hat sich so nach und nach eingeschlichen, auch zur Mittagszeit Rasen zu mähen, den Betonmischer laufen zu lassen, Holz zu sägen und ähnliches mehr. Das müsste doch vermeidbar sein.

Wenn unbedingt in dieser Zeit gearbeitet werden muss, dann könnten es doch ruhigere Arbeiten sein. Mit ein bisschen Überlegung könnte man auf seine Nachbarn Rücksicht nehmen. Sie werden dankbar dafür sein. Und wenn es einmal partout nicht anders geht, dann kann man mit seinen Nachbarn sprechen. Die werden bestimmt kompromissbereit sein.